

Änderungs- und Initiativanträge

2. ordentlichen Landesdelegiertenkonferenz 2016

09. Oktober 2016

Turn- und Freizeitzentrum „Wulle“

Wullenweberstraße 15, 10555 Berlin

Inhalt

Änderungsanträge.....	6
Änderungsanträge zur Geschäftsordnung	7
GO	7
Änderungsanträge zum Antragsbereich A	8
A1_2/16.....	8
A2_2/16.....	9
A3_2/16.....	11
A4_2/16.....	12
A5_2/16.....	14
A6_2/16.....	15
A7_2/16.....	16
A8_2/16.....	17
Änderungsanträge zum Antragsbereich B	18
B1_2/16	18
B2_2/16	19
Änderungsanträge zum Antragsbereich D.....	20
D1_2/16.....	20
D2_2/16.....	22
D3_2/16.....	23
D4_2/16.....	24
D5_2/16.....	25
D6_2/16.....	26
Änderungsanträge zum Antragsbereich I.....	27
I1_2/16.....	27
I2_2/16.....	28
I3_2/16.....	29
I4_2/16.....	30
Änderungsanträge zum Antragsbereich K	31
K1_2/16	31
Änderungsanträge zum Antragsbereich M	32
M2_2/16.....	32
Änderungsanträge zum Antragsbereich O.....	34
01_2/16	34

02_2/16	35
03_2/16	36
04_2/16	37
07_2/16	38
Änderungsanträge zum Antragsbereich R	39
R1_2/16	39
R2_2/16	40
Änderungsanträge zum Antragsbereich V	41
V1_2/16	41
V2_2/16	42
Änderungsanträge zum Antragsbereich W	43
W1_2/16.....	43

Änderungsanträge

Änderungsanträge zur Geschäftsordnung

GO

GO

1. zu GO

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 6 Z. 15 Ändern „5 Minuten“ in „3 Minuten“

2. zu GO

redaktionell

Z. 17: füge nach "Frauen" ein "*"

3. zu GO

redaktionell

Z. 46 ersetze "Antragstellerinnen oder der Antragsteller" durch "Antragsteller*innen"

4. zu GO

redaktionell

Z. 52 ersetze "Antragstellerinnen oder der Antragsteller" durch "Antragsteller*innen"

Änderungsanträge zum Antragsbereich A

Antrag A1_2/16

A1_2/16

1. zu A1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 9, Z. 8-13 in Begründung (ab Z. 25) schieben

2. zu A1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 9, Z. 14 „, die“ streichen

3. zu A1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln
S. 9, Z. 14: Streiche „die“ (redaktionell)

4. zu A1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 9, Z. 19 streiche „institutionell“

5. zu A1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
S. 9 / Z. 19-20: Ersetze „(...) Oberschulen, die in Berlin in Zukunft geplant werden, institutionell ausschließlich als Gemeinschaftsschulen geplant, ausgestattet und gebaut werden.“ in „ (...) geplanten Schulen zukünftig und ausschließlich als Gemeinschaftsschulen gedacht, ausgestattet und gebaut werden.“

6. zu A1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
S. 9: Streiche Z. 20 bis 21

7. zu A1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf
S. 9, Streiche Z.21/22

8. zu A1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf
S. 9, Z.21 streiche „den Neubau“

9. zu A1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf
S. 9, Z. 22 ersetze „Integrative“ durch „integrierte“

A2_2/16

1. zu A2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 11, Z. 5: „dualen“ durch „beruflichen“

2. zu A2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
Ergänze auf S. 11, Zeile 9 hinter „duale Ausbildung“: „(Ausbildung an zwei Lernorten, dem Betrieb für die praktische und der Berufsschule für die theoretische Ausbildung)“
Begründung: Ein einheitliches Verständnis der Begrifflichkeiten ist erforderlich, auch zur besseren Abgrenzung beider Begriffe in der politischen Diskussion.

3. zu A2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln
Füge ein Z. 13 nach „nicht“: „für alle“

4. zu A2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln
Z. 14: Ersetze „ausschließliche“ durch „sich gegenseitig ausschließende“

5. zu A2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf
S. 11, Z. 16/17 ersetze von "Das Berliner Hochschulgesetz..." bis "...berechtigt.": „Das Berliner Hochschulgesetz muss insoweit geändert werden, dass der Abschluss einer 2-jährigen Berufsausbildung und eine 1-jährige Arbeitserfahrung die Berechtigung erteilt, ohne Einschränkungen, ein Studium an einer Hochschule zu beginnen.“

6. zu A2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 11, Z. 17 ersetze bis „.“ durch „einer Berufsausbildung grundsätzlich und fachungebunden zum Studium an einer Hochschule berechtigt.“

7. zu A2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
Ergänze auf S. 11, Zeile 21 hinter „duales Studium“: „(Hochschulstudium mit fest integrierten regelmäßigen Praxiseinsätzen in Unternehmen)“
Begründung: Ein einheitliches Verständnis der Begrifflichkeiten ist erforderlich, auch zur besseren Abgrenzung beider Begriffe in der politischen Diskussion.

8. zu A2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S. 11/Z. 18 Streiche „stark“

9. zu A2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf
S. 11, Z. 25 füge ein vor „Zur Verbesserung...“: „Die Tendenz, dass duale Studiengänge auf Unternehmensinteressen ausgerichtet werden und das Studium so weiter ökonomisiert wird, muss entgegengewirkt werden. Die Curricula müssen von unabhängigen Hochschulgremien ohne Unternehmensbeteiligung aufgestellt und die Kosten für private Hochschulen im Verhältnis zum Einkommen begrenzt werden. Ein auskömmlicher Lebensunterhalt muss gesichert sein. Eine bessere Studienförderung – insbesondere ein besseres Bafög-System – und Teilzeitstudiengänge

für parallele praktische Tätigkeiten müssen her, um den Weg in reguläre Studiengänge zu erleichtern. Ein Klassensystem der Hochschulen, wo das duale Studium unten angesiedelt ist, muss verhindert werden.“

10. zu A2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S. 11 Streiche Z. 25-29

11. zu A2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S. 11 Ersetze durch: „Die oft sehr belastende Situation dual Studierender, die durch die Verbindung von Ausbildung und Studium entsteht, wollen wir nicht länger hinnehmen. Unsere Vorstellungen von guter Arbeit sollten auch im dualen Studium übernommen werden. Oft müssen duale Student*innen neben dem Beruf dann auch noch lernen oder Fallstudien und ähnliches für das Studium anfertigen. Von Freizeit ist dann nicht mehr viel zu sehen. Deshalb fordern wir verbindliche Absprachen zwischen den Unternehmen und der Hochschule, die eine Überbelastung verhindern sollen.“

12. zu A2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S.11 Z. 29. Nach „geben“ füge ein „Unser Ideal von Bildung verfolgt einen emanzipatorischen Ansatz; neben dem Zugang zu berufsrelevantem Wissen steht in jedem Fall der Zweck der Bildung als Element der Selbstbildung und Selbstverwirklichung.“

A3_2/16

1. zu A3_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S.12 Z. 11. Nach „werden“ füge ein „Dabei ist sicherzustellen, dass die Ausbildungsunternehmen qualitative Mindeststandards einhalten: Ausbildungsstellen sind mit einer bedarfsdeckenden Mindestvergütung zu entlohnen und die Betreuungsverhältnisse müssen ein positives Lernumfeld schaffen. Den zwingend notwendigen Ausbau von Ausbildungsplätzen dürfen die in die Pflicht zu nehmenden Unternehmen nicht durch Einbußen in der Qualität der Plätze boykottieren.“

2. zu A3_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 12, Z.13 füge ein nach „Berliner Unternehmen...“: „ausgenommen KMU, die ausbilden,“

3. zu A3_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Seite 12, Z.24 füge ein: "Die SPD-Mitglieder der Berliner Landesregierung werden sich dafür einsetzen, dass das Land Berlin in den Bundesrat einen Gesetzesvorschlag zu einer bundesweiten Ausbildungsplatzumlage einbringt."

4. zu A3_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 12, Zeile 25: Streiche „Begründung:“

A4_2/16

1. zu A4_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S. 13, Z. 31 Füge ein: „Aufnahme von Erziehungs- und Pflegeberufen“

2. zu A4_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
Antrag A4_2/16
S. 13, Z. 31 füge an „über § 79 BBiG hinaus“

3. zu A4_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
Antrag A4_2/16
S. 14, Z. 2 ersetze „der Nachweispflicht“ durch „der Pflicht für Auszubildende, einen schriftlichen Ausbildungsnachweis zu führen“

4. zu A4_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S. 14, Z. 2. Ergänze neuer Punkt „ - die Verpflichtung zur Sensibilisieren von Unternehmen und regionalen Netzwerken für die Gleichstellung aller Geschlechter. Schnupperkonzepte, wie der „Girl's Day“ sind nicht genug. Unternehmen müssen sich in ihrer Struktur öffnen, sodass alle Berufe für alle Menschen zugänglich sind. Neben Unternehmen und deren Auswahlpersonal sind auch die Auszubildenden selbst durch feministische Perspektiven in den Lehrinhalten zu schulen. Unternehmen müssen umfassende Förder- und Empowermentprogramme für insbesondere weibliche* Auszubildende entwickeln und den Zugang zu Führungspositionen für Frauen* bedenken. Frauen*förderung steht an dieser Stelle in keinem Widerspruch zu unserem queer*feministischen Ansatz, die vorherrschende Banalität der Geschlechter aufzubrechen.“

5. zu A4_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf
S. 14, Z. 8 füge ein nach „hauptamtliche Auszubildende“: „Das Land Berlin bezuschusst diese Qualifizierungsmaßnahmen nach AEVO bei kleineren und mittelständischen Unternehmen, so dass in jedem ausbildungswilligen Unternehmen eine Person qualifiziert ist.“

6. zu A4_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
Antrag A4_2/16
S. 14, Z. 11 neufassen als „Ein Betreuungsschlüssel von einer hauptamtlich mit der Ausbildung betrauten Person auf maximal acht Auszubildende“

7. zu A4_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
Seite 14, Zeile 30: Ersetze den Forderungspunkt durch
„Wir fordern eine Mindestvergütung von Auszubildenden pro Stunde in Höhe des Mindestlohns“

8. zu A4_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
Seite 14, Zeile 30 Ersetze „in Höhe des BaFöG – Satzes“ durch „in Höhe des BaFöG – Höchstsatzes für Alleinlebende“

9. zu A4_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S. 14 Z. 30. Füge nach „Auszubildenden“ „mindestens“ ein.

10. zu A4_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S. 14 Z. 30. Füge nach „Bafög-Satzes“ „Unsere Forderung den Bafög-Satz zu erhöhen bleibt weiterhin bestehen.“

A5_2/16

1. zu A5_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 18, Z. 8 streiche „natürlich“

A6_2/16

1. zu A6_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S.17/Z.13 Ersetze „Ausbilder“ durch „Ausbilder*in“

2. zu A6_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S.17/Z.24 Ersetze „Trägerschaft“ durch „Träger*innenschaft“

3. zu A6_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln
Streiche Z. 33 – 34.

A7_2/16

1. zu A7_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln
Streiche in Zeile 28 „sofern vorhanden,“

2. zu A7_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf
S. 18 Z.30f. ersetzen durch: „Zum Ausbildungsbeginn muss kein bestimmtes Sprachniveau nachgewiesen werden. Eine Sprachmittler*in unterstützt bei den Bewerbungsgesprächen. Alle Ausbildungskosten für ein zusätzliches vorgeschaltetes Ausbildungsjahr, um vorrangig den Spracherwerb zu fördern, werden komplett übernommen. Mehrsprachige Lehrkräfte können bei Bedarf hinzugezogen werden.“

3. zu A7_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf
S. 18 Z.34 füge ein: „Ausbildungsbetrieben werden kostenfreie Fortbildungskurse in Fremdsprachen angeboten.“

4. zu A7_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S. 18 Z. 34 Füge ein „Alle Unterrichtsmaterialien sind kostenfrei zur Verfügung zu stellen.“

5. zu A7_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln
Füge ein in Zeile ??? „in Zusammenarbeit mit dem Landesbildungsausschuss“

A8_2/16

1. zu A8_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Überweisung an den (hoffentlich neugegründeten) AK Bildung der Jusos Berlin

2. zu A8_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 19 Z.10 ersetze „jedoch wird bei einem regulären Studienverlauf nach sechs Semestern“ durch:
„jedoch wird nach Abschluss des universitären Schwerpunktbereichs (SPB) und erfolgreich
absolvierter BA-Abschlussprüfung“

3. zu A8_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S.19 Z. 11. Streiche „Begründung“

Änderungsanträge zum Antragsbereich B

Antrag B1_2/16

B1_2/16

1. zu B1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S.20 Z. 11. Ersetze „verdreifacht“ durch „erheblich erhöht und neben der Größe des Unternehmens auch an den Gewinn gekoppelt“

2. zu B1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Seite 21, Zeile 1: Streiche „Begründung:“

B2_2/16

1. zu B2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 22, Z. 5, einfügen: Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen

2. zu B2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 22, Z.2 füge ein: "Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen"

3. zu B2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 22, Z. 8 bis S. 24, Z. 15 in die Begründung verschieben

4. zu B2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 24, Z.26 füge ein nach "unterbunden werden.": „Der gesetzliche Kündigungsschutz muss ausgeweitet und gestärkt werden. Unter anderem muss die Mindestanzahl an Beschäftigten eines Unternehmens abgesenkt werden, um auch Start-Ups einzuschließen."

5. zu B2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 24, Z. 27 füge ein nach „Union Busting“: „(Gewerkschaftsvermeidung)“

Änderungsanträge zum Antragsbereich D

Antrag D1_2/16

D1_2/16

1. zu D1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
Ersetze im gesamten Antrag Rechtsextremismus durch „sog. Rechtsextremismus“

2. zu D1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Pankow + Jusos Neukölln
S. 26, Z. 2, füge ein: Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

3. zu D1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S. 26. Z. 4: ersetze "an den Rand drängen" durch "abschaffen"

4. zu D1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S. 26 Z. 12: ersetze "(leider noch für kurze Zeit) amtierende" durch "ehemalige"

5. zu D1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S. 26 Z. 13/14: ergänze "das Hausprojekt Rigaer94" mit „und die Kadterschmiede“

6. zu D1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S. 26 Z. 18: füge nach "Rechtsextremismus," ein "Berliner Register,"

7. zu D1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S. 26 Z. 26: streiche "Pilot" beim Wort "Pilotprogramme"

8. zu D1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S. 27 Z. 17: füge nach "sie" ein "sich" (Änderung ist redaktionell)

9. zu D1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S. 27 Z. 34: streiche "-unabhängig von aller Gewalt, die vom sich als links erklärenden Gruppierungen ausging-"

10. zu D1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S. 28. Z. 2: ersetze "abgestempelt" durch "abstempeln" (redaktionell)

11. zu D1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S. 28 Z. 24: ersetze "Die Einstellungsforschung zu Rechtsradikalismus" durch "Die Forschung zu rechten Einstellungen"

12. zu D1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S. 30 Z. 11: streiche "bürgerschaftliches"

13. zu D1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Ersetze S. 30, Satz Z. 11 ab „Aktionen.. (bis) werden“ durch: „Wir als Landesverband unterstützen Aktionen des zivilen Ungehorsams im Kampf gegen Antifaschist*innen und Rassist*innen.“

14. zu D1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S. 30 Z. 14: streiche ab "Im gleichen Atemzug ..." bis Absatz Ende

Begründung: wir wehren uns stets gegen die Unterscheidung von guten und schlechten Demonstrant*innen. Deshalb dürfen wir sie hier nicht aufmachen.

15. zu D1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S. 30 Z. 19: ersetze "Akteur_innen" durch "Akteur*innen" (redaktionell)

16. zu D1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 30, Z. 20, streiche „Jusos“

17. zu D1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S. 30 Z. 29: streiche "radikalismus" im Wort "Rechtsradikalismus"

18. zu D1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S. 30 Z. 36: ersetze "Nazis" durch "Rechte"

D2_2/16

1. zu D2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Seite 31 Z.11 Ersetze ab „Steht“ bis „Debatte“ durch „ist für uns nicht verhandelbar“

2. zu D2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Seite 31 Z.11 Ergänze hinter „Debatte“ „Für Israel muss gelten, was für alle Staaten gilt.“

3. zu D2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Seite 31, Zeile 14: Füge ein nach „Ziele.“ „Wir bekräftigen unsere Forderung nach einer Zweistaatenlösung.“

4. zu D2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S.31 Z. 15. Streiche nach „oder“ bis „erreichen“

5. zu D2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Ersetze auf Seite 31 Z 18 bis 22 durch: Wo wir Jusos in Bündnissen vertreten sind, nutzen wir diese um die BDS Bewegung kritisch zu hinterfragen, zu kritisieren und über diese aufzuklären. Letzteres ist wichtig, um antisemitischen Parolen und Kommentaren ein klares Gegengewicht entgegenzusetzen. Wir überlassen den Antisemit*innen nicht das Feld!

6. zu D2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Seite 31, Zeile 30-38: Ersetze den Abschnitt von „Aussagen von“ bis „gelten lassen.“ Durch „Aussagen, dass es sich hierbei um eine Stigmatisierung handele und das Europa sich schämen sollte, wollte man nicht gelten lassen.“

7. zu D2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 33, Z. 38, füge an: „bis zum Kommunismus“

D3_2/16

1. zu D3_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Ersetze Zeile 6-7 durch: „Wir fordern die Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats dazu auf, das aktive Wahlrecht zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin von 18 auf 16 Jahre zu senken“

D4_2/16

1. zu D4_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Ersetze Zeile 8-9 durch: „Wir fordern die Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats dazu auf, die (verfassungs-)rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, analog zu den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen das aktive und passive Wahlrecht für EU-Bürger*innen zur Wahl des Abgeordnetenhauses von Berlin einzuführen.“

2. zu D4_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Zeile 11: Streiche „Begründung:“

D5_2/16

1. zu D5_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Ersetze 1. Satz des Antrags in Zeile 8-9 durch:

„Wir fordern die Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats dazu auf, die (verfassungs-)rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, das aktive Wahlrecht für Berliner*innen, die nicht EU-Bürger*innen sind, einführen und umsetzen zu können.“

2. zu D5_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Seite 36 Zeile 13: Streiche „Begründung:“

3. zu D5_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 36 Z.12 füge ein nach „beteiligen können“: „Für Menschen, die als Diplomat*innen mit ihrer Familie in Berlin leben, soll es nur auf kommunaler Ebene ein aktives Wahlrecht geben. Dies gilt auch für ihre Lebenspartner*innen.“

D6_2/16

1. zu D6_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
Ergänze S.37 Z.18 nach „Ausgaben bestreiten“ „und für die Ewigkeit angelegt sind.“

2. zu D6_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

3. zu D6_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln
Ersetze S.37 Z.19 „keine echten Stiftungen sind“ durch „keine Stiftungen im obigen Sinne sind“
S, 37, ersetze 1. Satz in Zeile 28 durch „Die Voraussetzung dafür ist, dass öffentliche Mittel die Regelförderung sozialer Einrichtungen abdecken müssen.“

4. zu D6_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S. 37, füge einen neuen Absatz nach Z. 26 an:
„Stiftungen sind eine sehr ineffiziente Art, der Gesellschaft Kapital zur Verfügung zu stellen.
Im Gegensatz zur Spende an gemeinnützige Organisationen, die zu 100 Prozent zeitnah ankommt und der Steuerverlust hinter den gesellschaftlichen Mehrwert zurücktritt, wird eine Zustiftung erst durch Verzinsung wieder der Gesellschaft zugeführt, was mehrere Jahrzehnte dauert. Der Steuerverlust bei einer Zustiftung übersteigt also den gesellschaftlichen Mehrwert.“

5. zu D6_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
Seite 39, Zeilen 31,32: Ersetze die beiden Zeilen komplett durch: „Im Todesfall einer*s
Firmengründer*in wollen wir die Vererbung, den Verkauf oder die Umwandlung in eine Stiftung
eines Unternehmens durch eine bessere Alternative ersetzen.“

6. zu D6_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf
S. 39 ergänze nach Z. 41: Wir lehnen sowohl die bisherige Erbschaftssteuergesetzgebung als auch den kürzlich ausgehandelten Kompromiss ab. Betriebsvermögen soll grundsätzlich nicht anders als Privatvermögen besteuert werden. Es verbleibt weiterhin die Möglichkeit, die Steuerschuld über mehrere Jahre hinweg zu stunden.

Änderungsanträge zum Antragsbereich I

Antrag I1_2/16

I1_2/16

1. zu I1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
Streiche S.41 Z.11 ab „Das Thema...“ bis Z.15 „zum Islam fördern.“

2. zu I1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf
Z. 17 füge ein nach „jede Forderung nach einem...“: „generellen“

3. zu I1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
Ergänze S. 41 Z.18: „Grundsätzlich stellen wir uns gegen jedes Vorhaben Frauen* ihre Kleiderwahl vorzuschreiben.“

4. zu I1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
Ersetze S.41 Z.19 „Die patriarchalen Strukturen“ bis Z.24 „an diesen vorbei“ durch: „Die patriarchalen Kontexte, welche dazu führen, dass Frauen* dem Zwang ausgesetzt sind sich verschleiern zu müssen, müssen aufgebrochen werden. Insbesondere im kulturellen und religiösen Kontexte ist dies nur schrittweise möglich. Ein Vollverschleierungsverbot ist da nur kontraproduktiv, da es eine Debatte in progressiven muslimischen Verbänden unterbindet und betroffene Frauen* stigmatisiert.“

I2_2/16

1. zu I2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 42, Z. 8-9 ersetze „den Einsatz ...“ durch „auf die Beschaffung von Tasern zu verzichten und den Einsatz durch die Berliner Polizei zu verbieten.“

2. zu I2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S.42 Z. 11. Streiche „Begründung“

3. zu I2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Seite 42, Zeile 11: Streiche „Begründung:“

4. zu I2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 42, Z. 11 streiche „Begründung“

5. zu I2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Seite 43 Streiche Z.3 -7

6. zu I2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 45, Z. 13 streiche „Innensenator“

7. zu I2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 45, Z. 14 streiche „Innensenator“

I3_2/16

1. zu I3_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 44 Z.29f. ersetze „Des weiteren“ bis "werden." durch "Des Weiteren soll bei Wohnungsbau und Sanierungen durch private Bauvorhabensträger*innen die Installation besagter Leerrohre und Leerleitungen Voraussetzung werden, sofern noch keine Leerrohre oder Breitbandanschlüsse vorhanden sind"

2. zu I3_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 44 Z.38 ersetze „starkzumachen“ durch „einzusetzen“

3. zu I3_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Ergänze S.44 Z. 38: „-Breitbandausbau insbesondere in sozialschwachen und dünn besiedelten Wohngebieten zu fördern und die Netzbetreiber*innen in die Pflicht zu nehmen allen Berliner*innen schnelles Internet zur Verfügung zu stellen und nicht nur denen, die es sich leisten können. Die Kosten dürfen nicht auf die Mieter*innen umgelegt werden.“

4. zu I3_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S. 44. Z. 33 ergänze „- den Begriff Breitband mit mindestens 50Mbit/s zu definieren“

I4_2/16

1. zu I4_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S. 45 Z. 10. Streiche „Keine“ (redaktionell)

2. zu I4_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Pankow + Jusos Neukölln
S. 45, Z. 10 streiche „eine“

3. zu I4_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S. 46 Z. 25: streiche "bzw. gestärkt"

4. zu I4_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S. 46 Z. 29: Ersetze „Extremismus“ durch „Rechtsradikalismus“

5. zu I4_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf
S. 46, Z.29 streiche „sowie Extremismus frühzeitig bekämpft“.

6. zu I4_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 46, Z. 37 ergänze nach Katastrophenschutzes „und der Amtshilfe“

7. zu I4_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf
S. 46, Z.41 füge ein nach „Ausbildung zu stärken“: „- keine polizeilich-militärischen Übungen und Kooperationen“

8. zu I4_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf
S. 46, Z.41 füge ein nach „Ausbildung zu stärken“: „Ein missbräuchlicher Einsatz des Militärs lässt sich nur sicher verhindern, wenn keine ausschließlich nationalstaatliche Kommandogewalt besteht. Wir streiten deshalb als antimilitaristischer Verband weiterhin dafür, die Bundeswehr als nationalstaatliche Armee abzuschaffen.“

Änderungsanträge zum Antragsbereich K

Antrag K1_2/16

K1_2/16

1. zu K1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Ersetze S.48 Z.14 „(Nur für Museen [...] werden?)“ durch „für Studierende, Schüler*innen, Transferleistungsempfänger*innen, Auszubildende, FSJ-ler*innen, Buftis und weitere.“

2. zu K1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 48, Z.14f. Ab „(Nur für Museen...)“ streichen.

3. zu K1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Ergänze S.48 Z.15 „Wir fordern, dass alle staatlichen Museen an einem festen Tag in der Woche für alle Besucher*innen kostenfrei zugänglich sind.“

4. zu K1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 48, Z. 15 nach „werden?“: „Das solltet ihr schon selber wissen? Aber wir wären für alles! Grüße aus Neukölln! <3“

5. zu K1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Streiche S.48 Z.17 ab „weil nur somit“ bis S.48 Z.19 „Spiegel der Gesellschaft.“

6. zu K1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Streiche S.48 Z. 20 „wie z.B. das Theaterstück „Mutter Courage““

7. zu K1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Streiche S.48 Z.22 „auch auf spielerische Weise geformt und“

8. zu K1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Ergänze S.48 Z.46 „Ferner fordern wir Tarifverträge für alle nicht-künstlerisch Beschäftigten an staatlichen Theatern und Museen.“

9. zu K1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 49, Z. 4 füge ein nach „Studierende,“: „Auszubildende“

10. zu K1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Ergänze S. 49.Z 4. nach Transferleistungsempfänger*innen, „Auszubildende, FSJ-ler*innen, Buftis und weitere.“

Änderungsanträge zum Antragsbereich M

Antrag M2_2/16

M2_2/16

1. zu M2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 53, Z. 8 ersetze „Geflüchte*r“ durch „Geflüchtete*r“

2. zu M2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 53, Z. 8 ersetze „Geflüchte*r“ durch „Geflüchtete*r“

3. zu M2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 53, Z. 8, ersetze „Geflüchte*r“ durch „Geflüchtete*r“ (redaktionell).

4. zu M2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 53, Z.24 füge ein: „Das Hauptproblem für einen Arbeitsmarktzugang ist ein ungeklärter Aufenthaltsstatus.“

5. zu M2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Ergänze auf S. 55, Zeile 32 hinter „in handwerklichen Ausbildungen bei den“: „Handwerkskammern und Ausbildungen aus dem Bereich der gewerblichen Wirtschaft bei den“

Begründung:

In Deutschland besteht eine Aufteilung der Zuständigkeiten für die berufliche Ausbildung zwischen verschiedenen Akteuren. Für die Prüfungen im Bereich der handwerklichen Berufe sind die Handwerkskammern zuständig, im Bereich der gewerblichen Wirtschaft die Industrie- und Handelskammern.

6. zu M2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 56, Zeile 8-9: Ersetze „Wir fordern daher einen einheitlichen Test der vom DIHK, Länder übergreifend konzipiert wird und gleichermaßen umgesetzt wird.“ durch: „Wir fordern daher, dass die Tests länderübergreifend vereinheitlicht werden. Dazu sollen der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (Dachorganisation der Industrie- und Handelskammern) und der Zentralverband des Deutschen Handwerks gemeinsam mit Berufsschulen, Gewerkschaften und weiteren Akteuren auf dem Gebiet der beruflichen Ausbildung angeregt werden, einheitliche Tests und Standards zu konzipieren und über die Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern umzusetzen.“

Begründung:

Für die Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern sind deren Dachorganisationen (Deutscher Industrie- und Handelskammertag und Zentralverband des Deutschen Handwerks) die maßgeblichen Akteure (neben Berufsschulen und Gewerkschaften, die an solchen Prozessen beteiligt werden sollten), die auf eine Vereinheitlichung der Tests hinwirken können. Da es sich bei diesen jedoch anders als bei den Kammern selbst nicht um öffentlich-rechtliche Körperschaften handelt, sondern um privatrechtlich organisierte Zusammenschlüsse, besteht kaum eine unmittelbare staatliche Handhabe, diesen konkrete Aufgaben wie die Entwicklung eines solchen Tests zu übertragen. Da sie jedoch trotzdem die (vereinsrechtliche) Aufgabe haben, die übergeordneten Interessen ihrer Mitgliederkammern wahrzunehmen, ist auch eine Anregung der

Erfüllung dieser Aufgabe beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag sowie Zentralverband des Deutschen Handwerks erfolgsversprechend.

7. zu M2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 58, Z.10 nach „erleichtern sollen:“ füge ein: „Wir fordern ein bedingungsloses Bleiberecht für alle Geflüchteten.“

8. zu M2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Seite 58, Zeile 36 - 38, Ersetze: „vom DIHK zum Nachweis von Ausbildungs- und Berufsabschlüssen, der Länder übergreifend konzipiert wird und gleichermaßen umgesetzt wird.“ durch „möglichst vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag, dem Zentralverband des Deutschen Handwerks und weiteren ausbildungspolitischen Akteuren länderübergreifend entwickelt und durchgesetzt wird und so dem einheitlichen Nachweis von Ausbildungs- und Berufsabschlüssen dient.“

Begründung:

Neben dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag müssen weitere Akteure, wie die Dachorganisation der Handwerkskammern und Gewerkschaften, etc. in diese Prozesse einbezogen werden.

Änderungsanträge zum Antragsbereich O

Antrag 01_2/16

01_2/16

1. zu 01_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln
S. 62, Z. 10 streiche „erweiterten“

02_2/16

1. zu 02_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 67, Z.11 ersetze „AK Antifaschismus“ durch: „AK Antifa

03_2/16

1. zu 03_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Füge ein nach Zeile 23:

- Wie kann die Wirtschaft demokratisiert werden? Wie soll eine demokratisierte Wirtschaft aussehen?
- Wie sehen sozialistische Alternativen zur Marktwirtschaft aus?

04_2/16

1. zu 04_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Z. 29 streiche „als einzige Regelschule in Berlin“

07_2/16

1. zu 07_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S. 75, Z. 5, füge ein nach „dritten“: „und vierten“

2. zu 07_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S. 75, Z. 10, streiche „Auch wenn ... bleiben darf“ und ersetze „zwingen viele Situationen“ durch „Viele Situationen zwingen“
Begründung: Unbestimmtheitsregel gilt für Intersexuelle Menschen, und nicht für Transgender, sie ist darüber hinaus eine Muss-Regel und keine Kann-Regel

3. zu 07_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S. 75, Z. 20, füge ein nach „dritten“: „und vierten“

4. zu 07_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S. 75, Z. 20, füge an nach Z. 20: ‚Neben den Angaben „weiblich“, „männlich“ soll als weitere Möglichkeit „keines“ oder als vierte Möglichkeit „anderes“ angegeben werden können.‘

5. zu 07_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S. 75, Z. 20, füge an in neuer Z. 22: ‚Wir verleihen unserem Beschluss „Trans*rechte sind Menschenrechte“ aus dem Jahr 2013 Nachdruck.‘

Änderungsanträge zum Antragsbereich R
Antrag R1_2/16

R1_2/16

1. zu R1_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S. 78. Z. 7. Streiche „alltäglich“

R2_2/16

1. zu R2_2/16

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S.80 Z.27 Füge hinzu:

Wir solidarisieren uns ausserdem mit der feministischen Bewegung „#czarnyprotest, die gegen eine Verschärfung des Abtreibungsverbotes kämpft. Konservative Kräfte wollen den Schwangerschaftsabbruch und damit die Selbstbestimmung der Frau* kriminalisieren. Dies können wir nicht gutheißen. Körperliche Selbstbestimmung und Unversehrtheit ist für uns nicht verhandelbar.

1 **V1_2/16**

2

3

1. zu V1_2/16

4

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

5

Z. 16. Streiche „Begründung“

1 **V2_2/16**

2
3 **1. zu V2_2/16**

4 Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
5 Z. 15. Streiche „Begründung“

6
7 **1. zu V2_2/16**

8 Antragsteller*innen: Jusos Neukölln
9 Ersetze S. 82, Zeile 10 nach „dazu auf“ bis Zeile 13 durch: „für Unternehmen, die Carsharing
10 anbieten, verpflichtend festzulegen, dass alle neu zur Flotte des jeweiligen Unternehmens
11 hinzukommenden Fahrzeuge elektrisch betrieben sein müssen.“

Änderungsanträge zum Antragsbereich W

Antrag W1_2/16

1 **W1_2/16**

2 **1. zu W1_2/16**

3 Antragsteller*innen: Jusos Tempelberg

4 Füge ein in Überschrift nach Duzi Duzi „ , “ (Komma)

5 **2. zu W1_2/16**

6 Antragsteller*innen: Jusos Mitte

7 Ersetze in Zeile 6 und Zeile 10 "die Partei" durch "der Partei DIE PARTEI".

8 **3. zu W1_2/16**

9 Antragsteller*innen: Jusos Mitte

10 Ändere in Zeile 8: "wie alle 4 Jahre" zu "wie alle fünf Jahre"

11 **4. zu W1_2/16**

12 Antragsteller*innen: Jusos Tempelberg

13 ersetze in Zeile 8 „4“ durch „5“

14 **5. zu W1_2/16**

15 Antragsteller*innen: Jusos Tempelberg

16 ersetze in Zeile 10: der famosen die Partei durch „der famosen Partei die Partei Berlin“